

Haushaltsgrundsätze

Die rechtliche Ausgangslage

1. Die Klimaschutzziele sind rechtlich bindend (Pariser Abkommen, Bundes-Klimaschutzgesetz § 1, § 13)
2. Es existieren nur zwei denkbare Szenarien:
 - Szenario A: Der Rechtsstaat bricht zusammen
 - Szenario B: Die Rechtsordnung bleibt bestehen und Deutschland erfüllt seine rechtlichen Verpflichtungen
3. Bei Szenario B folgt zwingend: Jede heute genehmigte CO₂-Emission muss künftig durch Carbon Removal ausgeglichen werden, da das CO₂-Budget bereits überschritten ist.
4. Diese Carbon-Removal-Kosten (500-1.000 €/Tonne CO₂) sind daher gesicherte zukünftige Verbindlichkeiten, vergleichbar mit:
 - Renaturierungsverpflichtungen bei Steinbrüchen
 - Entsorgungsverpflichtungen bei Atomkraftwerken
 - Pensionsverpflichtungen im öffentlichen Dienst

Strafrechtliche Relevanz

Die genehmigenden Behörden schaffen durch ihre Genehmigungen massive Verbindlichkeiten für die Landeshaushalte, ohne diese auszuweisen:

- Wärme-Kälte-Zentrale Universität Bayreuth: 200-600 Millionen Euro
- Asphaltmischwerk Obrigheim-Asbach: 25-75 Millionen Euro
- Steinbruch VII thomas zement GmbH Erwitte: 9,5-19 Milliarden Euro

Mögliche Straftatbestände

§ 266 StGB - Untreue: Amtsträger haben eine Vermögensbetreuungspflicht für ihr Bundesland. Wer wissentlich Verbindlichkeiten in Milliardenhöhe schafft, ohne diese auszuweisen oder den Entscheidungsträgern offenzulegen, könnte seine Vermögensbetreuungspflicht verletzen.

Verstoß gegen Haushaltsgrundsätze: Die Landeshaushaltsordnungen verlangen:

- Grundsatz der Haushaltswahrheit
- Grundsatz der Haushaltsvollständigkeit
- Ausweis zukünftiger Verbindlichkeiten

Das systematische Verschweigen von Verbindlichkeiten in dieser Größenordnung könnte strafrechtlich relevant sein.

Es bedarf keiner speziellen "Carbon-Removal-Ausweisvorschrift":

Genauso wie niemand eine spezielle Verwaltungsvorschrift benötigt, die vorschreibt, dass Renaturierungskosten bei Steinbrüchen ausgewiesen werden müssen - das ergibt sich aus allgemeinen Rechtsgrundsätzen - genauso verhält es sich bei Carbon-Removal-Kosten.

Die allgemeinen Haushaltsgrundsätze und die Vermögensbetreuungspflicht reichen als Rechtsgrundlage vollkommen aus.

Der entscheidende Punkt

Entweder gehen wir davon aus, dass Deutschland seine rechtlichen Verpflichtungen nicht erfüllen wird (dann wäre auch jede andere Rechtsanwendung obsolet), oder wir gehen von einem funktionierenden Rechtsstaat aus - dann sind diese Kosten aber real und müssen transparent gemacht werden.

Bei Verbindlichkeiten in Höhe von Hunderten Millionen bis Milliarden Euro kann nicht mehr von "Ermessensspielraum" oder "vertretbarer Auslegung" gesprochen werden. Das systematische Verschweigen solcher Summen gegenüber Entscheidungsträgern und Öffentlichkeit überschreitet die Grenze zur strafrechtlichen Relevanz.

Ich bitte Sie zu prüfen, ob nicht zumindest ein Anfangsverdacht für Untreue (§ 266 StGB) vorliegt, wenn Amtsträger systematisch Verbindlichkeiten in dieser Größenordnung schaffen, ohne sie auszuweisen.

Sollten Sie weiterhin keine strafrechtliche Relevanz sehen, wäre ich Ihnen dankbar, wenn Sie mir mitteilen könnten, an welche Stelle ich mich alternativ wenden sollte (Rechnungshof, Verwaltungsgericht, Dienstaufsicht?).

Es ist an der Zeit,

dass Sie dieser "Don't Look Up"-Mentalität entgegenwirken. Die politische Ignoranz gegenüber bezifferbaren Zukunftskosten in Milliardenhöhe darf nicht länger hingenommen werden.

Ich bitte Sie eindringlich: Nutzen Sie Ihre Position, um durch Verfahren oder Ermahnungen an die Behörden klarzustellen, dass das systematische Verschweigen dieser Verbindlichkeiten künftig strafrechtliche Konsequenzen haben wird. Fordern Sie, dass Carbon-Removal-Kosten ab sofort in allen UVPs und Genehmigungsverfahren öffentlich ausgewiesen werden, negative Vorprüfungen nur bei CO₂-Neutralen Projekten rechtmäßig sind, und dass Ihr Haushalt die vollständige Wahrheit enthält und die Carbon-Removal-Kosten schwarz auf weiss aufzeigt.

Dies ist kein "grüner Aktivismus", sondern schlichte Haushaltswahrheit. Die Transparenz über diese Kosten ist ein entscheidender Hebel im Klimaschutz: Sie ermöglicht es der Politik und Öffentlichkeit, evidenzbasierte Entscheidungen zu treffen und macht alternative, klimafreundliche Projekte in vielen Fällen als wirtschaftlich überlegen erkennbar.

Sie geben damit unseren Entscheidungsträgern ein unverzichtbares Werkzeug an die Hand, um rational und im Interesse zukünftiger Generationen zu handeln. Lassen Sie diese Chance nicht ungenutzt verstreichen.

Vielen Dank!

Mit freundlichen Grüßen,

Jan Kechel